

Keine Mehrheit für Sondersteuern

Wachsendes Bewusstsein für Nährwerte und
Zutaten



Wichtigstes in Kürze Monitor Ernährung und
Bewegung 2017

Studie im Auftrag des Verbands Schweizerischer
Mineralquellen und Soft-Drink-Produzenten für die
Informationsgruppe Erfrischungsgetränke

Projektteam

Lukas Golder Politik- und Medienwissenschaftler

Cloé Jans Politikwissenschaftlerin

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Aaron Venetz Politikwissenschaftler

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Bern, der 2. Juni 2017
Copyright by gfs.bern
Sperrfrist bis am 6. Juni 2017

1 Wichtigstes in Kürze

1.1 Mandat und Zielsetzungen

Fragen rund um Ernährung und Bewegung berühren die zentralsten Aspekte unseres Lebens. Sie bestimmen was zu Hause auf den Teller kommt, wie wir unsere freie Zeit verbringen, ob wir den gesellschaftlichen Trends und Anforderungen genügen und uns in der eigenen Haut wohl fühlen. Die vorhandenen Ratgeber, Studien und Informationen zum Thema sind vielzählig, was zuweilen auch zur Verunsicherung führen kann. Wie viele Portionen Früchte und Liter Wasser am Tag sind nun ideal? Und was sind nun genau die Vor- und Nachteile von natürlichen Süsstoffen? In diesem widersprüchlichen Werteumfeld agieren sowohl die Nahrungsmittelhersteller, zu denen auch die Erfrischungsgetränkproduzenten gehören, als auch der Staat.

Der Monitor Ernährung und Bewegung soll die gesellschaftliche Haltung der stimmberechtigten Bevölkerung hinsichtlich Gesundheit, Ernährung und Bewegung zuverlässig, ausführlich und im Verlaufe der Zeit beobachten. Im Zentrum stehen die Werthaltungen in Ernährungsfragen, aufkommende politische Issues wie auch die Erwartungen an Politik und Wirtschaft. In der diesjährigen Befragung wird aufgrund der aktuellen politischen Debatte ein spezieller Fokus auf die Bestrebung zur Einführung einer Steuer auf zucker-, salz- und fetthaltige Lebensmittel gelegt.

Die zuverlässige Abbildung der öffentlichen Meinung soll dabei einerseits der Gesellschaft und andererseits der Wirtschaft als Orientierungsgrösse dienen.

Im Zentrum der Befragung standen die folgenden Fragestellungen:

- Wie gross ist das Bewusstsein der stimmberechtigten Bevölkerung für Ernährungsfragen und gesunde Ernährung?
- Lassen sich rund um Ernährung zentrale Wertefelder oder aufkommende politische Issues erkennen?
- Wie beurteilen Schweizerinnen und Schweizer die staatlichen Tätigkeiten und die Tätigkeiten der Wirtschaft resp. der gesellschaftlichen Akteure? Wo bestehen konkrete Bedürfnisse?

Die Befragung wird zum vierten Mal in dieser Form durchgeführt, was die Abbildung von Trends möglich macht.

1.2 Datenbasis

Die Ergebnisse des Monitors Ernährung und Bewegung basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1007 Stimmberechtigten in der Schweiz. 20 Prozent davon wurden entsprechend des Dualframe-Ansatzes auf Handynummern realisiert. Alle Befragten wurden mittels eines "Random Digit Dialing (RDD)"-Verfahrens ausgewählt und befragt. Die Befragung wurde zwischen dem 21. Februar und dem 4. März 2017 durch das Institut gfs.bern telefonisch durchgeführt. Der statistische Fehler beträgt bei der vorliegenden Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen 3.2 Prozent. Bei 1007 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit somit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent. Werden Aussagen zu kleineren Untergruppen gemacht (zB. der italienischsprachigen Schweiz), erhöht sich der statistische Unschärfbereich. Der Fragebogen basiert auf demjenigen der letzten drei Jahre und wurde in Zusammenarbeit mit dem Kunden finalisiert.

Tabelle 1

Technischer Kurzbericht: Monitor Ernährung und Bewegung 2017

Auftraggeber	Verband Schweizerischer Mineralquellen und Soft-Drink-Produzenten
Durchführendes Institut	Forschungsinstitut gfs.bern
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz, die einer der drei Hauptsprachen mächtig sind
Erhebungsart	telefonisch, computergestützt (CATI)
Auswahlverfahren	Stichprobenplan nach Gabler/Häder für RDD/Dual Frame Verwendung der Swiss-Interview-Liste
Art der Stichprobenziehung	Random-Quota; Geburtstagsmethode im Haushalt
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 1007 n DCH 706, n FCH 251, n ICH 50 n Festnetz 806, n Handy 201
Befragungsdauer	21. Februar 2017 bis 4. März 2017
Mittlere Befragungsdauer	29.8 Minuten
Standardabweichung	6.3 Minuten
Mittlerer Befragungstag	27. Februar 2017
Theoretischer Stichprobenfehler	± 3.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Sprache, Alter/Geschlecht interlocked, Festnetz und Handy
Gewichtung nach	Dualframe-Gewichtung, Designgewichtung nach Sprachregion, zusätzliches Redressement nach Alter/Geschlecht interlocked, Siedlungsart, Parteibindung, jeweils pro Sprachregion

© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017

1.3 Versteckter Zucker als Problem, vorhandene Alternativen als Vorteil

Die Besteuerung von Zucker oder von Erfrischungsgetränken ist aktuell eine breit diskutierte Massnahme. Das Ziel ist es dabei, die Probleme mit Übergewicht und Fettleibigkeit in der Bevölkerung zu bekämpfen. Während Frankreich oder Belgien bereits eine Besteuerung kennen, befassen sich weitere Länder, darunter Portugal, Estland und auch Grossbritannien mit der konkreten Einführung solcher Policies.¹ Die Debatte über den Sinn und Zweck von Steuern auf Zucker oder Erfrischungsgetränken hat inzwischen auch die Schweiz erreicht. Besondere Bestrebungen zur Einführung einer "Zuckersteuer" kommen vor allem aus der Westschweiz.² Diese dürften durch einen Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der fiskalpolitische Massnahmen zur Reduktion des Zuckerkonsums ausdrücklich befürwortet, weiter an Aufwind gewinnen.³

In der Schweiz ist eine "Zuckersteuer" beim Stimmvolk weiterhin nicht mehrheitsfähig. 67 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sprechen sich sehr oder eher klar gegen eine solche Massnahme aus, während sie von 30 Prozent sehr oder eher befürwortet wird. Diese Mehrheitsverhältnisse sind so seit Befragungsbeginn (2014) konstant. Das "Ja"-Lager gewinnt aber im Zeitverlauf leicht an Zustimmung, wobei der Anstieg insbesondere im Vergleich zum letzten Jahr deutlich ist. Der Anstieg der Befürworter wird dabei primär aus der Gruppe der Unentschiedenen gespiesen, was auf eine fortschreitende Meinungsbildung schliessen lässt. Das macht insofern Sinn, als dass in der Schweiz in den letzten

¹ UK pushes ahead with sugar tax, BBC News vom 5. Dezember 2016. [<http://www.bbc.com/news/health-38212608>]

² Sie fordern die Zuckersteuer, NZZ vom 20. März 2017.

[<https://www.nzz.ch/schweiz/gegen-uebergewicht-und-schlechte-zaehne-steuer-soll-zucker-bitter-machen-ld.152330>]

³ WHO urges global action to curtail consumption and health impacts of sugary drinks: [<http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2016/curtail-sugary-drinks/en/>]

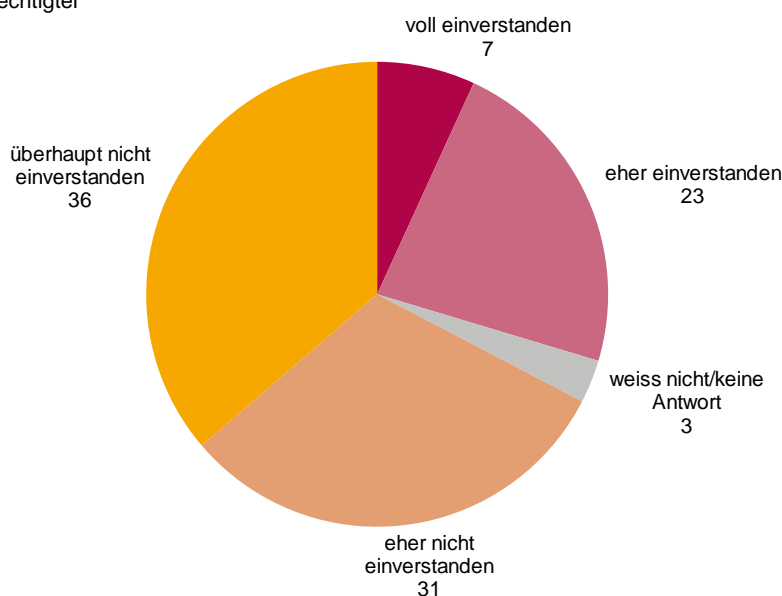
Monaten zunehmend intensiv über das Thema der "Zuckersteuer" diskutiert wurde, auch in Leitmedien in der Deutschschweiz.

Entsprechend dem Unterschied in der Ausgeprägtheit der politischen Bestrebungen zur Einführung einer "Zuckersteuer" zwischen den Sprachregionen, unterscheidet sich auch die Zustimmung zur Massnahme an sich in den drei Landesteilen. In der Romandie ist man eindeutig an einem anderen Punkt (39 Prozent sehr/eher einverstanden), als in der Deutschschweiz (27% sehr/eher einverstanden) und im Tessin (28% sehr/eher einverstanden). Allerdings bleibt die "Zuckersteuer" heute auch in der Westschweiz weiterhin nicht mehrheitsfähig.

Grafik 1

Einführung Steuer auf zucker-, salz- oder fetthaltigen Lebensmittel

"In anderen Ländern wurden vereinzelt zusätzliche Steuern auf zucker-, salz- oder fetthaltige Lebensmittel eingeführt, um den Konsum zu steuern. Wären Sie mit der Einführung einer solchen Steuer voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = 1007)

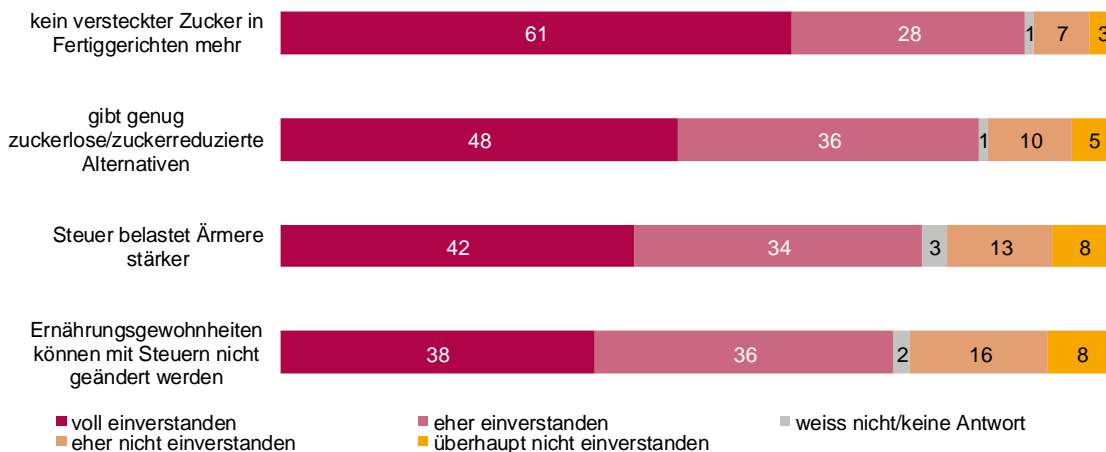
Es gibt verschiedene Argumente, die für oder gegen eine "Zuckersteuer" geltend gemacht werden können. Die grösste Zustimmung findet die Aussage, dass die Lebensmittelbranche aufhören soll, in unterschiedliche Fertiggerichte versteckten Zucker hineinzugeben. Das ist für die Lebensmittelbranche zwar ein kritisches Argument, hat aber nur am Rande mit der "Zuckersteuer" an sich zu tun, da diese explizit gar nicht genannt wird. Dass die Frage der Zutaten für die Branche relevant ist, hat bereits der Ernährungsmonitor im letzten Jahr gezeigt. Die deutliche Zustimmung zu diesem Argument bestätigt, dass dies eine Frage ist, die das Volk weiterhin beschäftigt.

Gegen eine "Zuckersteuer" spricht in den Augen einer Mehrheit, dass es genügend zuckerlose oder -reduzierte Produktealternativen gibt, auf die jeder freiwillig ausweichen kann. Auch ist eine Mehrheit der Meinung, dass eine solche Steuer in den Augen der Befragten primär die ärmeren Leute mit weniger verfügbarem Einkommen belastet und dass Essgewohnheiten so nicht geändert werden können.

Argumente zur Zuckersteuer (1/2)

"Sagen Sie mir bitte für die folgenden Argumente zur Zuckersteuer, ob Sie damit für die Schweiz voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

- kein versteckter Zucker in Fertiggerichten mehr** "Die Lebensmittelbranche soll aufhören, in unterschiedlichste Fertiggerichte versteckten Zucker hinein zu geben."
 - gibt genug zuckerlose/zuckerreduzierte Alternativen** "Es gibt bereits genügend zuckerreduzierte und zuckerlose Alternativen, jeder kann freiwillig auf solche Produkte ausweichen."
 - Steuer belastet Ärmere stärker** "Eine zusätzliche Steuer auf dem Konsum belastet ärmere Menschen im Budget stärker und ist deshalb ungerecht."
 - Ernährungsgewohnheiten können mit Steuern nicht geändert werden** "Ernährungsgewohnheiten können mit Steuern nicht verändert werden."
- in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = 1007)

Wenn eine "Zuckersteuer" eingeführt wird, dann soll diese für alle zuckerhaltigen Lebensmittel gleichermassen gelten – egal ob Schokolade oder Erfrischungsgetränke. Zucker in Schokolade unterscheidet sich in den Augen einer Mehrheit nicht von Zucker in Erfrischungsgetränken. Mit einem Anteil von 13 Prozent Unentschiedener scheint bei dieser Frage aber noch verhältnismässig viel Unsicherheit zu bestehen.

Es gibt kaum einen Abstimmungskampf in der Schweiz, in der das Arbeitsplatz-Argument nicht von mindestens einem Lager ins Feld geführt wird. Zwar ist mit 57 Prozent insgesamt eine Mehrheit mindestens eher einverstanden damit, dass Auflagen, die mit der Einführung einer solchen Steuer einhergehen, der heimischen Industrie schaden und so Arbeitsplätze vernichten würden. Der Anteil dezidiert Einverständener ist allerdings auch hier mit 20 Prozent sehr gering. Das regulatorisch stärkste Argument, dass Zucker ungesund sei und deshalb staatlich eingeschränkt werden muss, fällt beim Stimmvolk durch. 59 Prozent sprechen sich dagegen aus, während nur 38 Prozent dafür sind.

Argumente zur Zuckersteuer (2/2)

"Sagen Sie mir bitte für die folgenden Argumente zur Zuckersteuer, ob Sie damit für die Schweiz voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

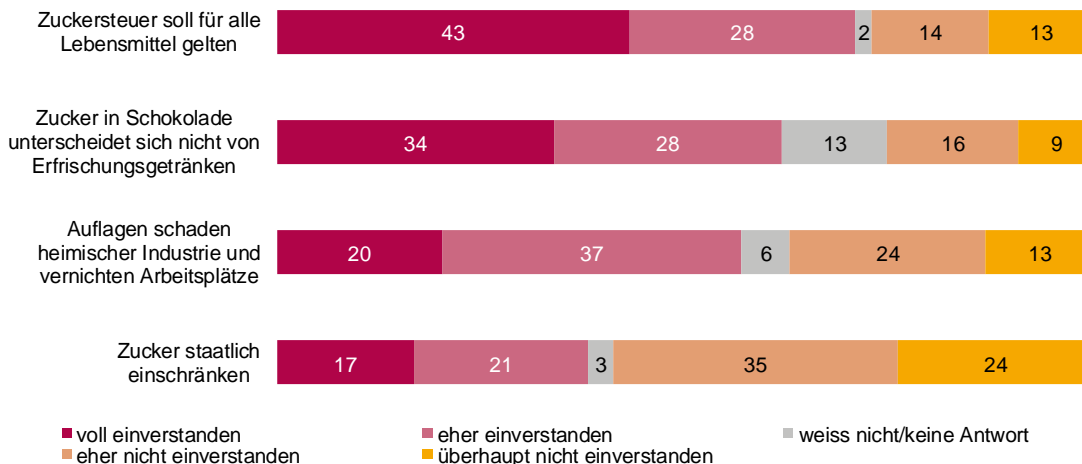
Zuckersteuer soll für alle Lebensmittel gelten "Wenn eine Zuckersteuer eingeführt wird, sollte diese für alle Lebensmittel gelten, egal ob Erfrischungsgetränke, Schokolade oder Kuchen."

Zucker in Schokolade unterscheidet sich nicht von Erfrischungsgetränken "Zucker in Schokolade unterscheidet sich nicht von Zucker in Erfrischungsgetränken."

Auflagen schaden heimischer Industrie und vernichten Arbeitsplätze "Neue Auflagen schaden nur der einheimischen Industrie und dem Handel und vernichten so Arbeitsplätze."

Zucker staatlich einschränken "Zucker ist gesundheitsschädigend und muss deshalb staatlich eingeschränkt werden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = 1007)

Das Verfahren der multivariaten Regressionsanalysen (für Erklärung der Methode vgl. Schlussbericht) zeigt, welche der eben ausgeführten Argumente wirklich als signifikante entscheidende Treiber hinter Zustimmung zur Einführung einer Steuer auf zucker-, salz- oder fetthaltigen Lebensmittel stehen und welche die Meinung zu dieser Frage heute nicht prägen. Mit dem unten abgebildeten Modell lässt sich rund ein Drittel der Zustimmung respektive Ablehnung zur "Zuckersteuer" erklären ($R^2 = 0.327$). Die Meinungsbildung ist also etwa im mittleren Ausmass fortgeschritten.

Sieben der acht abgefragten Argumente schlagen im statistischen Modell an. Das einzige Argument, das keinen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Zustimmung oder Ablehnung der "Zuckersteuer" beiträgt, ist die Aussage, dass zu viel Zucker in den Fertiggerichten steckt. Dies bestätigt die These, dass es sich hier effektiv um zwei unterschiedliche Thematiken handelt: Die Zustimmung zu dieser Frage ist zwar gross, sie beeinflusst die Debatte um die "Zuckersteuer" aber aktuell nicht.

Der wichtigste Treiber für ein "Ja" zu einer möglichen "Zuckersteuer" ist die Zustimmung zum Argument, dass Zucker grundsätzlich schlecht sei und deshalb staatlich eingeschränkt werden muss. Das ist aber auch jenes Argument, welches die eindeutig geringste Zustimmung von allen erhält. Leute die eine "Zuckersteuer" befürworten finden ausserdem, dass diese für alle Lebensmittel gleichermaßen gelten soll und es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Zuckerarten gibt.

Das Argument, das am besten gegen die Einführung einer "Zuckersteuer" wirkt, zielt darauf ab, dass Ernährungsgewohnheiten nicht mit Steuern geändert werden können. Ein weiterer wichtiger Grund gegen die Einführung einer Steuer ist, dass die Steuer Ärmere stärker belastet als Personen mit grösserem verfügbarem Einkommen. Etwas weniger wichtig, aber ebenfalls signifikant gegen die Steuer wirken die Aussagen, dass Arbeitsplätze gefährdet sind und dass es genügend Alternativen zu zuckerhaltigen Lebensmittel gibt, auf die man freiwillig ausweichen kann.

Regressionsanalyse Einführung Steuer auf zucker-, salz- oder fetthaltigen Lebensmittel nach Argumenten zur Zuckersteuer

Stimmberechtigte

© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = 1007), $R^2 = .327$

Werden die Stimmberechtigten gefragt, was sie im Zusammenhang mit Ernährung und Bewegung innerhalb der letzten 12 Monate gehört haben, wurde die "Zuckersteuer" kein einziges Mal genannt. Wenn es um Zucker ging, dann im Zusammenhang mit Inhaltsstoffen, verstecktem Zucker in Lebensmitteln oder dem Zuckergehalt allgemein. Im Gegensatz zu 2016 war die Frage der Nahrungsmittelbestandteile als spontanes "Issue" aber eindeutig weniger präsent (vgl. Rangfolge 2016 vs. 2017). Stattdessen standen wieder unverfänglichere und allgemeinere Fragen im Vordergrund, wie etwa Neuigkeiten zu Bewegung und Sport oder zu Arten der (ausgewogenen) Ernährung und Gesundheitstipps. Deutlich wichtiger wurde auch die aktive Wissensvermittlung rund um Ernährung und Bewegung, das heisst, wenn relevante Informationen zum Thema von Verwandten, Freunden, aus dem Fernsehen oder auch aus dem Internet weitergegeben werden.

Filter Vergleich 2016 Wichtigstes Thema Ernährung und Bewegung



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (n = 416)

1.4 Massnahmen Staat und Wirtschaft

Von der Wirtschaft wünscht man sich weiterhin das am meisten, was seit Jahren als die wichtigste Massnahme seitens der Lebensmittelhersteller betrachtet wird: Transparenz und Verständlichkeit – und damit einhergehend eine Vereinfachung der Deklarationen. Wichtig ist der Bevölkerung auch die Zusammenarbeit mit dem Staat und die aktive Durchführung von Sportprojekten und Breitensport. Harte Massnahmen geniessen vergleichsweise weniger Zustimmung. Allerdings gibt es weiterhin durchaus Mehrheiten, die einer Reduktion der Portionsgrößen positiv gegenüberstehen.

Bei den extremsten und am wenigsten breit abgestützten Massnahmen lässt sich seit Befragungsbeginn eine relativ systematische Entwicklung erkennen: Sowohl die Zustimmung zu einer Erhöhung der Preise "ungesunder" (d.h. zucker-, salz- und fetthaltiger) Nahrungsmittel als auch zum gänzlichen Verzicht auf die Genussmittelproduktion ist im Vergleich zu 2014 erhöht. Insbesondere gegenüber dem letzten Jahr konnten die Befürworter dieser beiden Massnahmen ihr Lager ausbauen.

Grafik 6

Trend Massnahmen Wirtschaft/Lebensmittelhersteller (1/2)

"Es gibt verschiedene Ideen, was die Wirtschaft oder die Lebensmittelhersteller tun könnten, um eine ausgewogene Ernährung oder ausreichende Bewegung zu fördern. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Ideen, ob Sie damit für die Schweiz voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

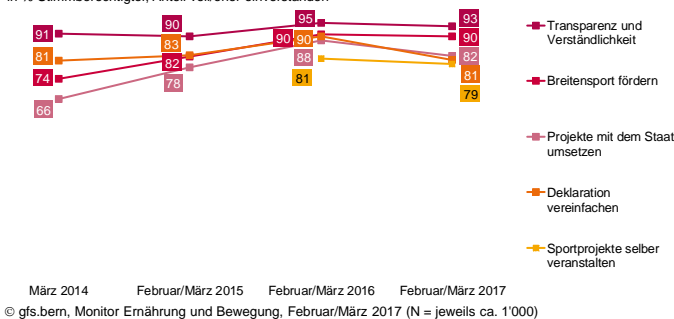
Transparenz und Verständlichkeit "Transparent und verständlich über den Konsum ihrer Produkte informieren."

Breitensport fördern "Den Breitensport fördern."

Projekte mit dem Staat umsetzen "Gemeinsam mit dem Staat Projekte umsetzen, die gute Ernährungsgewohnheiten fördern."

Deklaration vereinfachen "Die Nährwertdeklaration auf den Produkten vereinfachen."

Sportprojekte selber veranstalten "Sportprojekte im Breitensport selber veranstalten."



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Massnahmen Wirtschaft/Lebensmittelhersteller (2/2)

"Es gibt verschiedene Ideen, was die Wirtschaft oder die Lebensmittelhersteller tun könnten, um eine ausgewogene Ernährung oder ausreichende Bewegung zu fördern. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Ideen, ob Sie damit für die Schweiz voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

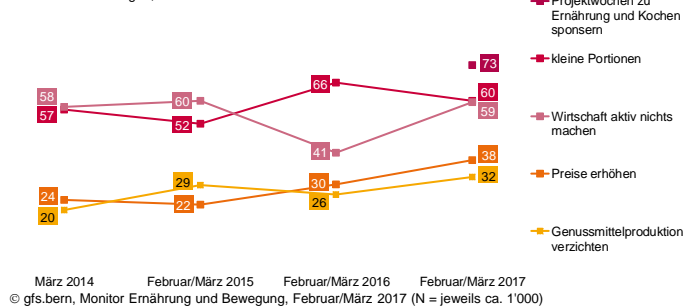
Projektwochen zu Ernährung und Kochen sponsern "Projektwochen für Ernährung und Kochen sponsern."

kleine Portionen "Zucker-, Salz- und fetthaltige Nahrungsmittel nur noch in kleinen Portionen anbieten."

Wirtschaft aktiv nichts machen "Die Wirtschaft muss aktiv nichts machen, sondern den Konsumenten die gewünschten Produkte zur Verfügung stellen."

Preise erhöhen "Preise für zucker-, Salz- und fetthaltige Nahrungsmittel erhöhen."

Genussmittelproduktion verzichten "Auf die Genussmittelproduktion verzichten."



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Wie bei den Massnahmen der Wirtschaft gibt es staatliche Massnahmen, die seit "eh und je" mehrheitliche Zustimmung geniessen (siehe Grafik unten links). Eine grosse Mehrheit der Befragten begrüsst die Umsetzung von Projekten, die eine Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren anstreben und vor allem einen präventiven Ansatz verfolgen. Wenig systematisch in der Entwicklung, aber dennoch über die Jahre stets mehrheitsfähig, sind die bessere Deklaration von Nährwerten auf Lebensmitteln oder auch die Massnahme eines Verbots von Werbung für "ungesunde" Lebensmittel, die an Kinder gerichtet ist.

Wie auch bei den Massnahmen der Wirtschaft ist bei den härtesten Vorschlägen eine systematisch steigende Zustimmung zu erkennen. Es bleibt weiterhin eine klare Minderheit, die das Verbot ungesunder Lebensmittel oder eine Zusatzsteuer einführen will, die Entwicklung geht aber in den letzten vier Jahren in eine eindeutige Richtung. Im Vergleich zu 2014 sind die Zustimmungswerte um 16 bei der Zusatzsteuer und um 12 Prozent beim Verbot erhöht. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob es sich hier aufgrund der aktuell höheren Präsenz des Themas Zucker auf der öffentlichen Agenda einfach um die Konsolidierung der Meinung eines kleinen Lagers am Pol des Meinungsspektrums handelt, oder ob dies der Anfang eines grundsätzlicheren Meinungswandels ist.

Grafik 7

Trend Massnahmen Staat (1/2)

"Es gibt verschiedene Ideen, was der Staat tun könnte, um eine ausgewogene Ernährung oder ausreichend Bewegung zu fördern. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Ideen, ob Sie damit für die Schweiz voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Projekte mit Wirtschaft umsetzen "Gemeinsam mit der Wirtschaft Projekte umsetzen, die gute Ernährungsgewohnheiten fördern."

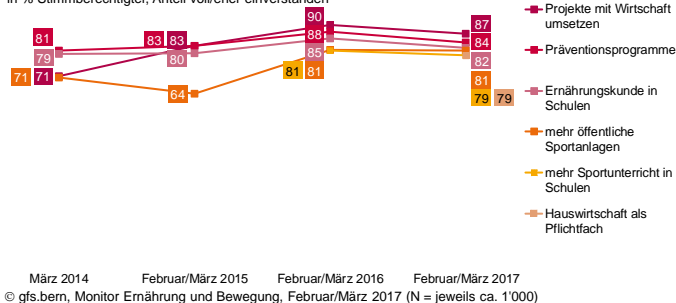
Präventionsprogramme "Gezielte Präventionsprogramme bei Risikogruppen."

Ernährungskunde in Schulen "Mehr Ernährungskunde in den Schulen vorschreiben."

mehr öffentliche Sportanlagen "Mehr öffentliche Sportangebote zur Verfügung stellen."

mehr Sportunterricht in Schulen "Mehr Sportunterricht in der Schule durchführen."

Hauswirtschaft als Pflichtfach "Hauswirtschaft als Pflichtfach führen."



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Massnahmen Staat (2/2)

"Es gibt verschiedene Ideen, was der Staat tun könnte, um eine ausgewogene Ernährung oder ausreichend Bewegung zu fördern. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Ideen, ob Sie damit für die Schweiz voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

bessere Deklaration "Bessere Deklaration von Nährwerten auf den Lebensmitteln."

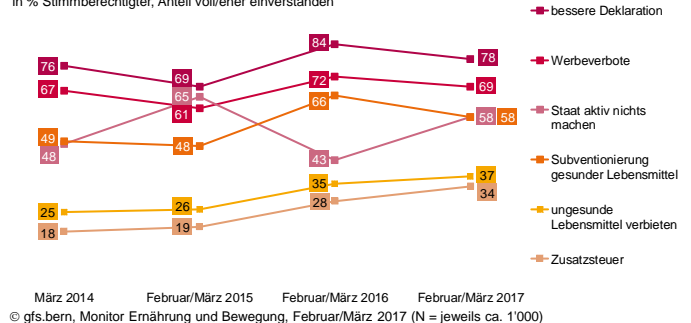
Werbeverbote "Werbeverbote für zucker-, Salz- und fetthaltige Nahrungsmitteln erlassen, die direkt an Kinder gerichtet ist."

Staat aktiv nichts machen "Der Staat soll aktiv nichts machen, sondern den Konsumenten autonom entscheiden lassen."

Subventionierung gesunder Lebensmittel "Gesunde Lebensmittel subventionieren."

ungesunde Lebensmittel verbieten "Ungesunde Lebensmittel verbieten."

Zusatzsteuer "Eine Zusatzsteuer auf zucker-, Salz- und fetthaltige Lebensmittel einführen."



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

1.5 Transparenz und Zutaten

Obwohl die Präsenz der Frage zu den Inhaltsstoffen von Nahrungsmitteln dieses Jahr nicht gleich gross war wie 2016, bleibt sie hoch relevant. Zum einen wird das Issue spontan weiterhin von einem wichtigen Anteil der Bevölkerung im Zusammenhang mit Ernährung und Bewegung erwähnt. Zum anderen wird in der Befragung wiederholt ersichtlich, dass Mehrheiten Transparenz und weniger "versteckten" Zucker in Fertiggerichten wünschen. Die wiederholten Forderungen und Wünsche in diesem Zusammenhang stehen auf den ersten Blick etwas im Widerspruch zur Bewertung der Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung. Hier sind nämlich klare Mehrheiten mindestens eher der Meinung, die aktuelle Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung sei ausreichend – und diese verfolgt ja kein anderes Ziel, als die Schaffung von Transparenz. Allerdings muss erwähnt werden, dass der Trend hin zu einer immer grösseren Zufriedenheit mit der Kennzeichnung in den letzten drei Jahren aktuell nicht mehr weiter beobachtet werden kann. Eine Mehrheit ist nach wie vor sehr oder eher zufrieden mit der Kennzeichnung. Während der Anteil dezidiert Zufriedener weiterhin stabil bleibt oder leicht zunimmt (Veränderung innerhalb des Stichprobenfehlers), ist hingegen bei den eher Zufriedenen eine deutliche Abnahme zu beobachten.

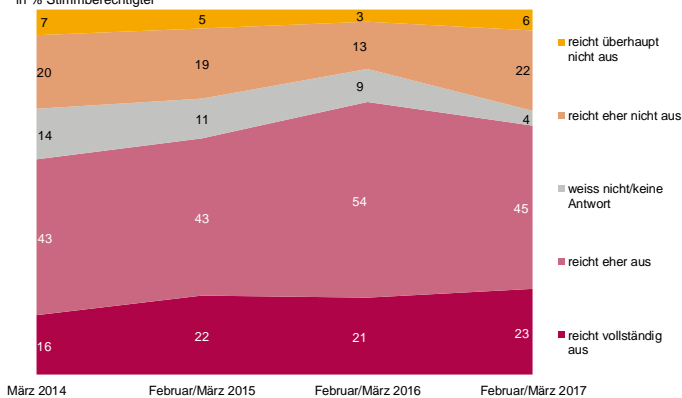
Die Anzahl Personen, welche die Referenzwert-Kennzeichnung häufig nutzt, nimmt seit 2014 stetig zu (+12%-Punkte). Der Anteil Personen, die ab und zu Gebrauch machen davon, bleibt dagegen ungefähr konstant.

Somit kann gesagt werden, dass die Personen, welche die Kennzeichnung bereits heute nutzen (29) zu den eigentlichen "Fans" gehören und diese auch unbeeinträchtigt weiterverwenden werden. Ein relativ grosser Teil (48%) nutzt die Kennzeichnung zwar und findet, diese reicht auch (eher) aus, sie zählen aber noch nicht zu den "Fans". Etwas über 20 Prozent der Befragten können sich gar nicht mit der Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung anfreunden.

Grafik 8

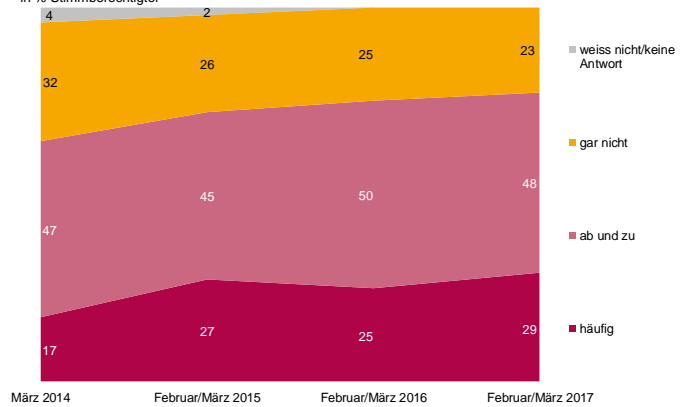
Trend Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung ausreichend

"Reicht die heutige Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung* aus ihrer Sicht vollständig, eher, eher nicht oder überhaupt nicht aus, um über die Nährwerte der Produkte zu informieren?"
in % Stimmberechtigter



Trend Nutzung Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung

"Nutzen Sie selber die Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung* häufig, ab und zu oder gar nie?"
in % Stimmberechtigter



März 2014
© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)
* 2014: "...die heutige GDA-Kennzeichnung..."

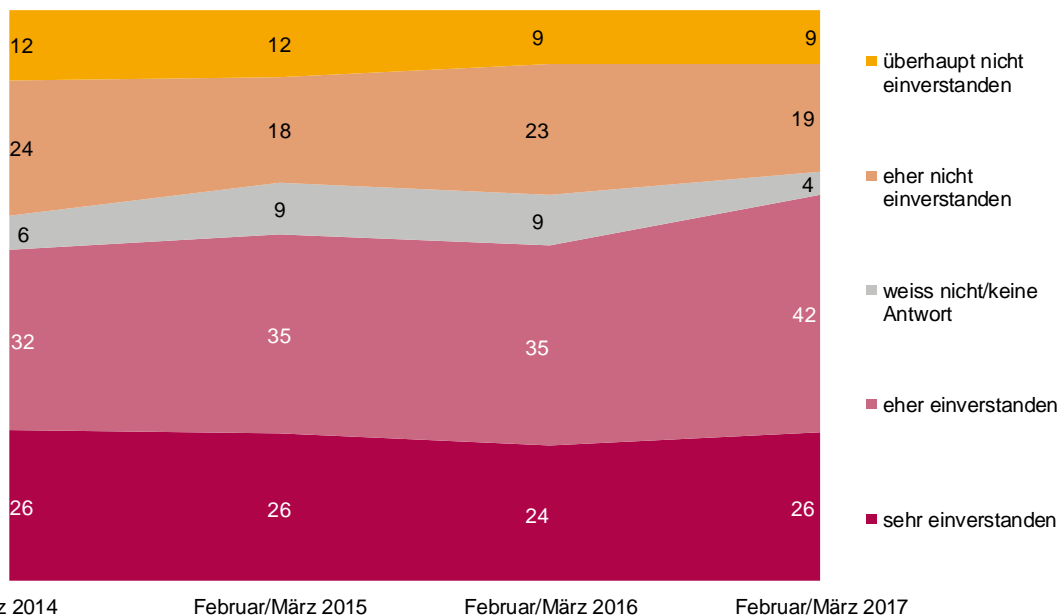
März 2014
© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)
* 2014: "...die heutige GDA-Kennzeichnung..."

Der Rückgang in der Zufriedenheit mit der Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung vom letzten auf dieses Jahr wird gespiegelt von einer Zunahme in der Zustimmung zur Einführung der Lebensmittel-Ampel als verpflichtender Standard. Das zeigt, dass die Basis der offiziellen Nährstoff-Referenzwert-Kennzeichnung wie sie heute verwendet wird, noch nicht abschliessend etabliert ist.

Trend Ampelkennzeichnung als Standard festsetzen per Gesetz

"Wären Sie sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden, wenn die Lebensmittel-Ampel zu einem verpflichtenden Standard auf Gesetzesebene werden soll?"

in % Stimmberechtigter



März 2014

Februar/März 2015

Februar/März 2016

Februar/März 2017

© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

1.6 Stabile Werthaltung trotz leisen Verschiebungen

Insgesamt ergibt sich ein schlüssiges Muster bei der Stimmbevölkerung im Umgang mit der Volksgesundheit: Extreme Massnahmen, die eine starke staatliche Intervention erfordern, bleiben die Position einer Minderheit. Eine Mehrheit wünscht sich weiterhin Eigenverantwortung der Konsumenten vor der Regulation über Steuern und Gesetze. Das war in den letzten drei Jahren so und bleibt auch 2017 bestehen. Die Entwicklung über die Zeit spricht aber aktuell für die Minderheit, die stärkere staatliche Interventionen fordern. Der Trend zu mehr Zustimmung über die letzten Jahre und durch verschiedenste Themenkontexte hindurch ist systematisch und als solcher für die Branche der Lebensmittelhersteller, die sich dezidiert gegen solche Massnahmen aussprechen, durchaus kritisch zu werten.

Diese leichten Veränderung in den aktuell vorherrschenden Paradigmen im Zusammenhang mit Ernährung und Bewegung, ist auch beim geäusserten Wunsch an die Gesellschaft bei Ernährungsfragen (siehe Grafik unten) zu erkennen. Da hier Mittelwerte ausgewiesen werden, sind die Veränderungen per se aber nur minim. Mittelwerte sind in der Regel sehr stabil. Aber auch hier zeigt die leise Entwicklung, dass sich grösser werdende Teile der Bevölkerung mit einer stärkeren Rolle des Staates anfreunden können als auch schon. Diese Entwicklung gilt es allerdings in einem etwas breiteren Kontext einzuordnen. Die Einführung einer Zuckersteuer wird international wie auch in der Schweiz diskutiert und die öffentliche Auseinandersetzung mit Ernährungsfragen ist intensiver als in Vorjahren. Eine vermehrte Debatte führt immer auch zu einer gewissen Polarisierung. Aktuell sieht es so aus, als ob die bereits vorhandene Meinung im Lager derjenigen, die sich (ohnehin) für extreme Massnahmen aussprechen konsolidiert würde. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Trend, wie er aktuell beobachtet werden kann, fortsetzt und auch moderatere Stimmbürgerinnen und -bürger sich mit

Massnahmen wie einer Zuckersteuer anfreunden oder ob das Ja-Lager bei einem Sockel von rund 30 Prozent verharrt.

Grafik 10

Trend Wunsch an Gesellschaft bei Ernährungsfragen

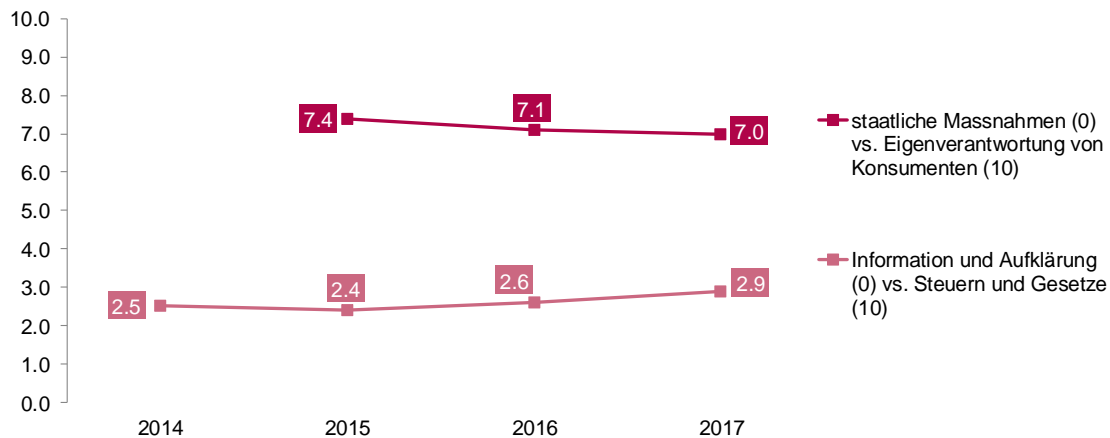
Mittelwerte

"Was für eine Gesellschaft wünschen Sie sich wenn es um Ernährungsfragen geht? Bitte sagen Sie mir auf einer Skala von 0 bis 10, was Ihnen lieber ist. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Möchten Sie ..."

staatliche Massnahmen vs. Eigenverantwortung der Konsumenten* "... eine Gesellschaft, die Übergewicht mit staatlichen Massnahmen bekämpft oder eine Gesellschaft, wo Übergewichtsprobleme in Eigenverantwortung gelöst werden sollen? 0 steht für staatliche Massnahmen, 10 für Eigenverantwortung"

Information und Aufklärung der Konsumenten vs. Steuern und Gesetze "... eine Gesellschaft, die auf Information und Aufklärung der Konsumenten setzt, oder eine, die das Ernährungsverhalten über Steuern und Gesetze lenkt? 0 steht für Information und Aufklärung, 10 für Steuern und Gesetze"

in Mittelwerten Stimmberechtigter



© gfs.bern, Monitor Ernährung und Bewegung, Februar/März 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

* vor 2016: "Die Lebensmittel- und Getränkeindustrie..."

1.7 Fazit

Aus den Befunden des Monitors Ernährung und Bewegung leiten wir vier Arbeitshypothesen ab.

Arbeitshypothese 1: stabile Werthaltungen vs. Paradigmenwechsel

Eine Mehrheit der Stimmberechtigten stellt in Ernährungs- und Gesundheitsfragen weiterhin die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung des Individuums vor staatliche Interventionen. Insofern haben sich die Wertemuster nicht geändert. Es ist jedoch eine leise Veränderung hin zu einer grösseren Offenheit gegenüber Steuern und Gesetzen zu beobachten. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob es sich hier lediglich um die Konsolidierung eines eng umrissenen Lagers oder um einen nachhaltigeren Meinungswandel handelt.

Arbeitshypothese 2: kritische Entwicklung und Agenda Setting

Eine Abstimmung über die Einführung einer "Zuckersteuer" wäre heute für die Befürworter kaum zu gewinnen. Dennoch ist die Entwicklung der Meinungsbildung zu dieser Frage für die Lebensmittelhersteller durchaus als kritisch einzustufen, zumal sich die Debatte angesichts der nationalen und internationalen Bestrebungen in diesem Rahmen in den nächsten Monaten noch verschärfen dürfte.

Arbeitshypothese 3: Transparenz vor Steuer

Die Einführung einer "Zuckersteuer" ist nicht das primäre Anliegen der Bevölkerung. Transparenz und Kontrolle über die Zutaten und weniger versteckten Zucker hingegen sehr wohl.

Arbeitshypothese 4: Prävention und Zusammenarbeit

Die Stimmberechtigten wünschen sich weiterhin ein gemeinsames, partnerschaftliches und aktives Engagement von Staat und Wirtschaft. Durch die Schaffung von Transparenz und die Bereitstellung von Angeboten im Bereich Sport oder Ernährungskunde soll die Gesellschaft befähigt werden, die richtigen Entscheidungen für einen gesunden Lebensstil zu treffen.

Anhang

gfs.bern-Team



LUKAS GOLDER

Co.Leiter gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen.

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



CLOÉ JANS

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsforschung, Kampagnen, Analyse politischer Themen und Issues, Medieninhaltsanalysen, Lehre



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, Programmierung der EDV und der Befragungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



ALEXANDER FRIND

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte

Datenanalyse, Programmierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.